Zwei Russinnen kämpfen für die Meinungsfreiheit – Reportage

NWZ

NEUE WÜRTTEMBERGISCHE ZEITUNG

Im Verbund der SÜDWEST PRESSE

Donnerstag, 11. Juli 2024 · 2,80 €

Kreis Göppingen

Neue Klinik wird teurer und kommt später

Kreis Göppingen. Der Umzug in die neue Klinik findet erst im zweiten Quartal 2025 statt. Zudem wurde bestätigt, dass der Neubau des Kreiskrankenhauses teurer wird.
KREIS GÖPPINGEN Seite 15

Behörden informieren die Bewohner des Bodenfelds

Göppingen. Die geplante Unterbringung von Geflohenen im Bodenfeld bereitet Anwohnern Sorgen. Stadt, Landkreis und Polizei haben jetzt über das Vorhaben informiert.
KREIS GÖPPINGEN Seite 16

Kinder geben ein Konzert auf Schloss Filseck

Göppingen. Rund 300 Kinder aus fünf Göppinger Grundschulen nehmen am Projekt „Play and Listen“ teil. Sie bereiten sich in Workshops auf ein Konzert auf Schloss Filseck vor.
GÖPPINGEN UND SCHURWALD Seite 17

In der Schulturnhalle bereiten sich die Kinder auf den Auftritt vor.

swp

Alle News zu jeder Zeit gibt es auf dem Nachrichtenportal **swp.de** und den sozialen Kanälen **Facebook** und **Instagram.** Der Südwesten auf einen Blick – schnell, informativ und unterhaltsam.

Das Wetter

im Südwesten

Heute	Morgen	Übermorgen
27|16	25|14	20|10

So erreichen Sie uns:
Abo-Service: 07161 204-130
aboservice.nwz@swp.de
Kleinanzeigen 07161 204-203
kleinanzeigen.nwz@swp.de
Geschäftsanzeigen 07161 204-201
anzeigen.nwz@swp.de
Redaktion 07161 204-143
redaktion.nwz@swp.de

73014 Göppingen, Postfach 1469

Nummer 158 · 79. Jahrgang · E 5403

4 195158 402809 41528

Erfolgreicher Start nach vier Jahren Wartezeit: Europas neue Trägerrakete Ariane 6 ist erstmals ins All gestartet. Die Rakete soll künftig für kommerzielle und öffentliche Auftraggeber Satelliten ins All befördern. „Europa ist zurück“, sagte Josef Aschbacher in Kourou (Französisch-Guayana). Die Durststrecke ohne eigenen Zugang zum All sei beendet. *Foto: S. Corvaja/ESA/dpa*
Blick in die Welt

Schlechtes Zeugnis für grün-schwarze Bildungspolitik

BaWü-Check Eine Mehrheit in Baden-Württemberg sieht die Arbeit der Landesregierung kritisch. Die geplante Rückkehr zu G9 genießt aber großen Rückhalt. *Von Roland Müller*

Die Bürger in Baden-Württemberg stellen der grün-schwarzen Landesregierung auf einem zentralen Politikfeld ein schlechtes Zeugnis aus: Nur eine Minderheit von 28 Prozent der Bevölkerung bewertet ihre Bildungspolitik als „gut“ oder „sehr gut“. Mehr als jeder Zweite (51 Prozent) hingegen hält sie hingegen für „weniger gut“ oder „gar nicht gut“. Das ist das Ergebnis des aktuellen BaWü-Checks, der repräsentativen Umfrage im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage. Immerhin: Von den Eltern schulpflichtiger Kinder bekommt die Landesregierung bessere Noten: Hier steigt die Zustimmung auf 37 Prozent.

Trotz dieses kritischen Gesamturteils genießen zwei zentrale Vorhaben der grün-schwarzen Landesregierung großen Rückhalt: Die bereits beschlossene Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium (G9) halten überwältigende 70 Prozent der Menschen in Baden-Württemberg für „sinnvoll“. Auch die geplante Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung hat laut der Umfrage eine satte Mehrheit in Baden-Württemberg: 62 Prozent der Bevölkerung finden es richtig, dass die Grundschulen entscheiden, auf welche weiterführende Schule ein Kind gehen sollte, und nicht allein die Eltern. Sogar bei den Grundschul-Eltern, die es selbst betrifft, hat das Vorhaben eine Mehrheit von 58 Prozent, nur 30 Prozent sind hier der Meinung, das sollten die Eltern entscheiden.

Als größte Probleme und Baustellen an den Schulen im Land benennen die Befragten im BaWü-Check den gravierenden Lehrermangel (62 Prozent), die Zunahme von Gewalt (55 Prozent) sowie mangelnde Deutschkenntnisse vieler Schüler (48 Prozent). Auch die mangelnde digitale Ausstattung sowie fehlende Digital- und Medien-Kompetenzen der Lehrkräfte bereiten vielen Menschen Bauchschmerzen.
Südwestumschau

USA stationieren Marschflugkörper

Nato-Gipfel Stärkere Abschreckung: Weitreichende Waffen kommen nach Deutschland.

Washington. Die USA verstärken die militärische Abschreckung zum Schutz der Nato-Partner in Europa. Dazu sollen in Deutschland von 2026 an zeitweise Marschflugkörper vom Typ Tomahawk und andere weitreichende Waffen stationiert werden, hieß es in einem gemeinsamen Statement der USA und Deutschlands, das am Rande des Nato-Gipfels in Washington veröffentlicht wurde. Genannt wurden auch Flugabwehrraketen vom Typ SM-6 und neu entwickelte Überschallwaffen, „die eine deutlich weitere Reichweite haben als gegenwärtige landgestützte Systeme in Europa“.

Die Nato-Staaten machen zudem Tempo bei der Ausrüstung der Ukraine mit westlichen Kampfflugzeugen: Der Transfer von F-16-Jets sei bereits im Gange, kündigten die USA, die Niederlande und Dänemark am Dienstag in einer gemeinsamen Erklärung am Rande des Nato-Gipfels in Washington an. Damit könnten die Maschinen noch diesem Sommer zur Abwehr des russischen Angriffskrieges zum Einsatz kommen.

Das Bündnis sichert der Ukraine zudem zu, dass sie auf ihrem Weg in das Verteidigungsbündnis nicht mehr aufgehalten werden kann. Im Text für die Abschlusserklärung wird der Pfad zur Mitgliedschaft als „irreversibel“ bezeichnet. Es wird betont, dass eine formelle Einladung erst ausgesprochen werden kann, wenn alle Alliierten zustimmen und alle Bedingungen erfüllt sind. *dpa/afp*
Themen des Tages Seite 2

Im Sommerloch

Es sind diese wunderbaren Wochen mit den endlosen Abenden (und die Europameisterschaft), die das Jetzt so besonders machen. Sommer! Ein einziges Märchen, auch wenn es wirklich viel regnet und windet. Der Sommer entfaltet seine Kraft natürlich auch im politischen Berlin. Die Sommerpause des Parlaments hat begonnen, die Politiker sind in ihren Wahlkreisen, quasi im Homeoffice. Erst am 9. September, im Spätsommer, treffen sich die Abgeordneten wieder zur nächsten Sitzung in der Hauptstadt.

Weil in dieser Zeit nur wenig regiert wird, gibt es weniger zu berichten, weshalb die in Berlin zurückgelassenen Journalisten vom Sommerloch sprechen. Damit dieses Sommerloch nicht ganz so tief bemessen ist, finden seit ein paar Jahren vermehrt Sommerreisen statt. Das sind ein paar Tage, in denen Politiker durch das Land fahren und Journalisten auf ihre Exkursionen mitnehmen. In diesem Jahr geht es vor allem in den Osten, weil in Sachsen, Brandenburg und Thüringen ja bald gewählt wird und die Reise deshalb vielleicht nicht schadet.

FOTO: TOBIAS HASE/DPA

Es passiert selten Aufregendes während dieser Touren, weshalb die begleitenden Journalisten vom Sommerreiseloch sprechen. Früher war bekanntlich alles besser. 2000 besuchte der damalige Kanzler Gerhard Schröder auf seiner Sommerreise Thüringen und sagte: „Hömma, hol mir mal `ne Flasche Bier, sonst streik ich hier“. Daraus wurde ein Sommerhit. *Guido Bohsem*

EU-Parlament

AfD gründet neue Fraktion

Brüssel. Brüssel. Die AfD hat gemeinsam mit rechtsextremen Parteien aus sieben weiteren EU-Ländern eine neue Fraktion im Europaparlament gegründet. Vorsitzender der Gruppe mit dem Namen Europa der Souveränen Nationen (ENS) ist der neu gewählte AfD-Europaabgeordnete René Aust. Die AfD gehört auf EU-Ebene damit wieder einer Fraktion an, nachdem Frankreichs Rechtspopulisten die Zusammenarbeit aufgekündigt hatten. *afp*

Lieferketten

Kritik an Plänen für Entlastung

Berlin. Die mögliche Abschwächung des deutschen Lieferkettengesetzes stößt bei Hilfs- und Umweltorganisationen auf Kritik. Ein solcher Schritt wäre laut einem von Germanwatch und Oxfam veröffentlichten Rechtsgutachten nicht mit EU-Recht vereinbar. Die Bundesregierung hatte bei der Vorstellung der Eckpunkte des Bundeshaushalts angekündigt, Unternehmen durch den Wegfall von Berichtspflichten durch das Lieferkettengesetz zu entlasten. *epd*

Kommentar
Guido Bohsem
zu Baerbocks Verzicht

Frühe Einsicht

Es war kein deutsches Medium, das sich Annalena Baerbock für diese Nachricht ausgesucht hat. Die Außenministerin sagte dem US-Sender CNN, dass sie 2025 nicht erneut als Kanzlerkandidatin der Grünen in den Wahlkampf ziehen möchte. Mit Baerbocks Verzicht dürfte der Weg frei sein für Robert Habeck, der es schon das letzte Mal wollte, aber Baerbock den Vortritt lassen musste. Er hat sich zuletzt eifrig positioniert, indem er emotionale Reden etwa zum Gaza-Krieg hielt und dafür viel Beifall einheimste. Vielleicht war Habeck jetzt einfach an der Reihe, vielleicht fand Baerbock es angesichts schlechter Umfragewerte ihrer Partei etwas zu überkandidelt, eine Kanzlerkandidatur auszurufen. Vielleicht erkennt sie auch, wie hoch der Preis ist, den die Politik von der Familie einfordert. Vielleicht spielen all diese Gründe eine Rolle.

Da sie ihre Entscheidung so lange vor dem Wahltermin verkündet, kann ihr keiner nachsagen, sie habe sie nicht freimütig und ungezwungen getroffen. Das heißt schon einiges in der Politik. Einfach wird es aber auch für Habeck nicht. Das vergurkte Heizungsgesetz und miserable Wirtschaftsdaten schmälern sein Ansehen und seine Chancen.

Baerbock verzichtet

Grüne Außenministerin will nicht Kandidatin für Kanzlerposten werden.

Berlin/Washington. Annalena Baerbock will sich voll auf ihr Amt als Außenministerin konzentrieren und strebt keine erneute Grünen-Kanzlerkandidatur an. Statt darin gebunden zu sein, wolle sie angesichts der internationalen Krisen ihre Kraft voll ihrer aktuellen Aufgabe widmen, erklärte sie in einem Interview des US-Senders CNN am Rande des Nato-Gipfels in Washington. Hätte Baerbock auf der Kandidatur bestanden, wäre ein Machtkampf mit Vize-Kanzler Habeck (Grüne) kaum vermeidbar gewesen. *dpa*
Kommentar